

Germany-Berlin: Offshore installation services
OJ S 141/2020 23/07/2020
Contract notice
Services

Legal Basis:
Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
Postal address: Scharnhorststr. 34-37
Town: Berlin
NUTS code: DE300 Berlin
Postal code: 10115
Country: Germany
Contact person: Durchführung des Vergabeverfahrens: Forschungszentrum Jülich GmbH,
Projektträger Jülich
E-mail: c.niebergall@fz-juelich.de
Fax: +49 3020199-3334
Internet address(es):
Main address: www.bmwi.de

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.subreport.de/E98941412>
Additional information can be obtained from the abovementioned address
Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.subreport.de/E98941412>

I.4. Type of the contracting authority

Ministry or any other national or federal authority, including their regional or local subdivisions

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Betrieb der Forschungsplattform FINO2

II.1.2. Main CPV code

76521000 Offshore installation services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Der Betrieb der „Forschungsplattformen in Nord- und Ostsee“ (FINO) dient der grundlegenden Daten- und Erkenntnisgewinnung für die Offshore-Windenergienutzung. Die Projekte umfassen alle Bereiche der Maritimen Forschung.

Das BMWi beabsichtigt, den Betrieb der FINO2 bis zum 28.2.2025 mit optionaler einjähriger Verlängerung in Auftrag zu geben.

Zu den Kernaufgaben des Betreibers gehören u. a. die planmäßige Wartung und Instandsetzung, Organisation des Forschungsbetriebes in Abstimmung mit den Messinstituten, Organisation, Steuerung und Controlling aller Reparaturarbeiten, Fortschreibung des Nutzungs- und Sicherheitskonzeptes, Ermöglichung und Nutzung von Synergieeffekten im Zusammenhang mit anderen naheliegenden Offshore Anlagen, Gewährleistung des zukünftigen Forschungsbedarfs, Gewährleistung der technischen Sicherheit der Plattform und der Sicherheit von Personen und Umwelt, Öffentlichkeitsarbeit sowie die Abstimmung und Zusammenarbeit mit allen relevanten Behörden.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71300000 Engineering services, 71350000 Engineering-related scientific and technical services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: 00 Other or Not Specified

Main site or place of performance: FINO 2 Plattform – Ausschließliche Wirtschaftszone Deutschlands, Standort des Auftraggebers und des Auftragnehmers sowie ggf. weitere Orte Deutschlands und des Auftragnehmers

II.2.4. Description of the procurement

FINO2 ist eine Forschungsplattform in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Bundesrepublik Deutschland. Sie liegt in der Ostsee ca. 33 km nördlich der Insel Rügen. Die Forschungsplattform besteht aus vier Grundkomponenten: einer Monopile-Gründung, einem Transition Piece, einem 12,2 m x 12,2 m messenden Plattformdeck mit einer Oberkante bei +10 m über Seekarten Null, sowie einem 90 m hohen Windmessmast. Zahlreiche Messeinrichtungen zur Aufnahme von meteorologischen, hydrologischen, biologischen sowie weiterer für die Wissenschaft und Forschung interessanter Daten sind in verschiedenen Höhengniveaus auf der Forschungsplattform installiert.

Das BMWi beabsichtigt, den Betrieb der Forschungsplattform FINO2 vsl. vom 1.3.2021 bis zum 28.2.2025 mit der Option der Verlängerung des Betriebes um ein Jahr in Auftrag zu geben.

Der künftige Betreiber muss den kontinuierlichen und möglichst störungsfreien Betrieb sowie die Durchführung der Offshore-Forschungsleistungen in hoher Qualität sicherstellen.

Zu den Kernaufgaben des Betreibers gehören:

1. Sicherung des Plattformbetriebs:

— Leistungen zur Sicherung des allgemeinen und technischen Betriebes der Forschungs- und Messplattform FINO1,

— Leistungen zur Überwachung und Kontrolle der Plattform sowie deren Ausrüstung und der dazugehörigen landseitigen Elemente,

- Organisation, Planung, Vorbereitung der regelmäßigen Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie deren Begleitung, Kontrolle und Protokollierung,
- Organisation, Planung, Vorbereitung und Durchführung von regelmäßigen werterhaltenden Maßnahmen der Plattform und deren Ausrüstung sowie deren Begleitung, Kontrolle und Protokollierung,
- Gewährleistung eines kontinuierlichen und dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechenden Messbetriebes im engen Zusammenwirken mit den Messinstituten,
- Auswertung der Betriebsdaten und Dokumentation (u. a. Betriebshandbuch).

2. Einmalige Planungs-/Reparaturmaßnahmen:

Die folgenden bekannten einmaligen (Reparatur-)Leistungen sind im Betriebszeitraum zu tätigen:

- Austausch beider Dieselaggregate,
- Beschaffung und Einlagerung für Komponenten der Generatorsteuerung,
- Austausch von Klimaanlage,
- Anpassung der Datenfernübertragung,
- Instandhaltung der Steigleiter (Austausch von Halterungen),
- Maßnahmen zur Vogelvergrämung.

3. Anforderungen an den Forschungsbetrieb:

- Zusammenarbeit mit den Messinstituten und mit anderen Forschungsstellen, die an der Nutzung von FINO2 und den erhobenen Daten interessiert sind,
- Gewährleistung und Berücksichtigung des zukünftigen Forschungsbedarfs (bspw. Ermöglichung von Zusatzinstallationen wie z. B. Geräteträger für Messinstrumente auf der Plattform oder im Messmast, entsprechende elektrische Infrastruktur, IT Integration, Bandbreite der Datenübertragung).

4. Öffentlichkeitsarbeit:

- Darstellung der FINO2-Aktivitäten in der Öffentlichkeit und Aktualisierung der FINO2 Internetseiten,
- Verpflichtung, eng mit den Betreibern der Forschungsplattformen FINO1 und FINO3 zusammen zu arbeiten.

5. Sicherheitsnotfallkonzept:

Das vorhandene Sicherheitskonzept und die Verfahrensanweisung der Forschungsplattform FINO2 sind durch den Betreiber unter Berücksichtigung der bisherigen Anweisungen, Vorschriften und Sicherheitspläne und der spezifischen Randbedingungen der Plattform zu übernehmen und ggf. zu überarbeiten.

6. Übergabe:

- Die Übergangsfrist beträgt sechs Monate, danach ist der neue Betreiber vollverantwortlich,
- Innerhalb der Übergangsfrist sind durch den neuen Betreiber alle Vorkehrungen zu treffen, die den weiteren Betrieb sichern.

7. Optionale Leistungen:

- Vertragsverlängerung um ein weiteres Jahr vom 1.3.2025 bis 28.2.2026,
- Installation eines begehbaren Decks im Monopile über der Wasserlinie,
- Unterstützende Hilfeleistung beim Krantausch.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 48

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Optionale Leistung, siehe Punkt II.2.11: Vertragsverlängerung um ein weiteres Jahr vom 1.3.2025 bis 28.2.2026.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Optionale Leistungen:

- Option 1: Vertragsverlängerung um ein weiteres Jahr vom 1.3.2025 bis 28.2.2026,
- Option 2: Installation eines begehbaren Decks im Monopile über der Wasserlinie,
- Option 3: Unterstützende Hilfeleistung beim Krantausch.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Alle weiteren Informationen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Der Bieter soll nachweisbar in der Lage sein, die verlangten Aufgaben fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig im vertraglich festgesetzten Zeitraum durchzuführen.

Zur Bewertung der Eignung sind die im Folgenden genannten Unterlagen in Form von Eigenerklärungen mit dem Angebot vorzulegen.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Richtigkeit der im Angebot abgegebenen Erklärungen durch Vorlage von Nachweisen zu überprüfen.

Bei Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen zur Abdeckung des gesamten Leistungsspektrums, z. B. in Form einer Bietergemeinschaft oder bei Einsatz eines notwendigen Unterauftragnehmers (Eignungsleihe § 47 VgV), sind die für die Prüfung der persönlichen Lage sowie der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit erforderlichen Unterlagen für jedes Bietergemeinschaftsmitglied sowie für den notwendigen Unterauftragnehmer und die Nachweise der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit für mindestens ein Mitglied der Bietergemeinschaft, den Bieter bzw. für den notwendigen Unterauftragnehmer vorzulegen. Die technische und berufliche Leistungsfähigkeit eines Mitglieds/einzelner Mitglieder einer Bietergemeinschaft, des Bieters bzw. eines notwendigen Unterauftragnehmers reicht zur Annahme der Eignung der Bietergemeinschaft/des Bieters nur aus, wenn dieses Mitglied/diese Mitglieder der Bietergemeinschaft/der Bieter/der notwendige Unterauftragnehmer nach der internen Arbeitsverteilung für die Durchführung der jeweiligen Leistung zuständig sein soll/sollen. Die interne Leistungsverteilung ist mit dem Angebot darzulegen, insbesondere wenn entsprechende Erklärungen nur für ein Mitglied/einzelne Mitglieder der Bietergemeinschaft/den Bieter/den notwendigen Unterauftragnehmer vorgelegt wird. Wird der Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit durch ein Mitglied

/einzelne Mitglieder der Bietergemeinschaft/den Bieter/den notwendigen Unterauftragnehmer erbracht, welche/s/r nach der internen Arbeitsverteilung für diesen Leistungsteil im Rahmen der ausgeschriebenen Leistung zuständig ist/sind, wird die Bietergemeinschaft/der Bieter als Ganzes als technisch leistungsfähig angesehen.

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:

- Beschreibung des Bieters und der Partner (vollständige Anschrift, E-Mail-Adresse des Ansprechpartners, Organisationsform, Profil, Kompetenzschwerpunkte),
- Kontaktdaten des Projektleiters (Name, Telefonnummer, Email-Adresse),
- Im Falle des Einsatzes eines Nachunternehmers zum Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde zur Abdeckung des gesamten Leistungsspektrums (Einsatz eines notwendigen Unterauftragnehmers) ist eine Eigenerklärung über die Zusammenarbeit mit dem notwendigen Unterauftragnehmer im Falle eines Zuschlags mit dem Angebot vorzulegen. In dieser Erklärung sind der Name und die Anschrift der notwendigen Unterauftragnehmer zu benennen. (Hierzu ist das Formblatt „Erklärung zur Zusammenarbeit mit einem notwendigen Unterauftragnehmer“ zu nutzen.),
- Es ist eine Verpflichtungserklärung des notwendigen Unterauftragnehmers vorzulegen, dass dem Bieter im Falle eines Zuschlags die erforderlichen Mittel/Ressourcen des Unterauftragnehmers bei der Erfüllung des Vertrages zur Verfügung stehen. In dieser Erklärung sind der Inhalt der Unterauftragnehmerleistung und der Preis für diese Leistung anzugeben. (Hierzu ist das Formblatt „Verpflichtungserklärung des notwendigen Unterauftragnehmers“ zu nutzen.),
- Im Falle von Bietergemeinschaften sind im Angebot der Name der Bietergemeinschaft, das geschäfts- und federführende Bietergemeinschaftsmitglied anzugeben und die Mitglieder mit Name und Anschrift des Unternehmens zu benennen. Darüber hinaus ist mit dem Angebot eine Erklärung von allen Bietergemeinschaftsmitgliedern abzugeben, dass im Falle der Auftragserteilung ein Konsortialvertrag geschlossen wird, dass jedes Bietergemeinschaftsmitglied für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung als Gesamtschuldner haftet, dass das geschäfts- und federführende Bietergemeinschaftsmitglied als bevollmächtigter Vertreter die aufgeführten Bietergemeinschaftsmitglieder gegenüber dem /der Auftraggeber/in und dem Projektträger Jülich vertritt und insbesondere berechtigt ist, das Angebot abzugeben, den Vertrag abzuschließen sowie mit Wirkung für jedes Mitglied ohne Einschränkung Zahlungen anzunehmen. Es sind außerdem nachvollziehbare Aussagen zur Aufgabenteilung innerhalb der Bietergemeinschaft zu treffen. Bei Angeboten von Bietergemeinschaften ist zu erklären, dass keine unzulässigen wettbewerbsbeschränkenden Abreden getroffen wurden und darzulegen, dass die Zusammenarbeit kartellrechtlich zulässig ist. Das kann z. B. durch Angabe der Gründe erfolgen, die zu der Kooperation geführt haben. (Hierzu ist das Formblatt „Erklärung Bewerber-/Bietergemeinschaft“ zu nutzen.),
- Vom Bieter bzw. von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft sowie von jedem notwendigen Unterauftragnehmer sind jeweils ausgefüllte Erklärungen nach §§ 123, 124 GWB einzureichen. (Hierzu müssen die Formblätter „Erklärung nach § 123 GWB“ und „Erklärung nach § 124 GWB“ genutzt werden.),
- Erklärung gemäß § 19 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz-MiLOG) (hierzu ist das Formblatt „Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz-MiLOG)“ zu nutzen),
- Gemäß § 19 Abs.4 MiLOG fordert der öffentliche Auftraggeber nach § 19 Abs.2 MiLOG bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll sowie für Konsortialpartner/notwendige Unterauftragnehmer vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a der Gewerbeordnung (GewO) an. Hierzu hat der Bieter/Konsortialpartner/notwendige Unterauftragnehmer das den

Vergabeunterlagen beigefügte Datenabfrageblatt (Anlage „Erforderliche Daten für die Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a der Gewerbeordnung (GewO)“) ausgefüllt dem Angebot beizufügen,

— Von dem Bieter ist eine schriftliche Eigenerklärung abzugeben, in der sich der Bieter verpflichtet, im Auftragsfall eine Versicherung gemäß den Bedingungen im § 9 des Mustervertrages abzuschließen.

PtJ behält sich vor, fehlende Erklärungen und Nachweise gemäß § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern. Die Nichtvorlage der geforderten bzw. nachgeforderten Unterlagen führt gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV zum Ausschluss des Angebotes.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Mit dem Angebot sind von dem Bieter Kopien der Jahresabschlüsse aus den letzten drei vollen Geschäftsjahren, getrennt nach Jahren, abzugeben. Sofern aus einem berechtigten Grund keine entsprechenden Angaben verfügbar sind, so kann unter Angabe des Grundes die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit durch andere geeignete Unterlagen (z. B. Auszug aus dem Businessplan mit Umsatz-/Gewinnprognose) belegt werden.

PtJ behält sich vor, fehlende Erklärungen und Nachweise gemäß § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern. Die Nichtvorlage der geforderten bzw. nachgeforderten Unterlagen führt gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV zum Ausschluss des Angebotes.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

1) Erfahrungen im Betrieb mit Offshore Bauwerken:

Der Betrieb einer Plattform im Offshore Bereich stellt hohe Anforderungen an den Betreiber der Plattform. Unabhängig von der Verwendung der Plattform unterliegt diese den besonderen Umweltbedingungen wie Wind, Welle, salzige Luft, etc. sowie der begrenzten Erreichbarkeit. Um diese besonderen Herausforderungen in den effizienten Betrieb einer Plattform einfließen zu lassen, sind Erfahrungen in der Betriebsführung vergleichbarer ortsfester maritimer Installationen und Erfahrungen im Bereich der maritimen Logistik von dem zukünftigen Betreiber der Plattform nachzuweisen.

Als Nachweis für die Eignung zum Betrieb einer Offshore Plattform hat der Bieter /Konsortialpartner /Unterauftragnehmer eine Liste mit der Darstellung von Referenzen, die mit dem Ausschreibungsgegenstand vergleichbar sind und nicht älter als zehn Jahre sind, vorzulegen. Maßgeblich für die Berechnung der zehn Jahresfrist ist der Tag, an dem die Angebotsfrist endet. Als geeignete Referenzen gelten vom Bieter/Konsortialpartner /Unterauftragnehmer durchgeführte Aufträge bzw. bearbeitete Projekte.

Zudem ist die Eignung auch durch die Qualifikation des Projektleiters und/oder dem eingesetzten Kernteam darzustellen. Die entsprechenden Informationen müssen aus den gelieferten Lebensläufen klar hervorgehen.

In jedem Fall sind im Angebot zum Nachweis der Qualifikation des Projektteams und des Projektleiters die folgenden Angaben zu machen:

— Abschließende Benennung aller vorgesehenen Mitglieder des Kernteams und des Projektleiters mit Angabe der jeweiligen Funktion bzw. Aufgabe im Projekt. Ein entsprechendes Organigramm ist zu erstellen und dem Angebot beizulegen,

— Angabe der Qualifikationen der Mitglieder des Kernteams und des Projektleiters wie Angaben zum beruflichen Werdegang und Abschluss, Erfahrungen wie z. B. entsprechende Vorarbeiten und Veröffentlichungen (Lebenslauf),

— Abgabe einer Eigenerklärung, dass die für die Ausführung der Leistung gemäß der Leistungsbeschreibung notwendigen Zertifikate/Schulungen (z. B. Medizinische

Untersuchungen G41, Offshoretraining (z. B. BOSIET), Ersthelfer Offshore nach DGUV Empfehlung, Betriebssanitäter, PSaGA nach DGUV) vorhanden sind,

— Sollten Schulungen und/oder Zertifikate, die für die Ausführung der Leistung gemäß der Leistungsbeschreibung notwendig sind, nicht vorhanden sein, so hat der Bieter /Konsortialpartner eine entsprechende Eigenerklärung abzugeben, in der er erklärt, dass er im Auftragsfall die entsprechenden Schulungen / Weiterbildungen für das Personal auf eigene Kosten durchführt bzw. Unterauftragnehmer einbindet, die die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen,

— Eigenerklärung, in der bestätigt wird, dass der Projektleiter über sehr gute deutsche Sprachkenntnisse in Wort und Schrift verfügen und die gesamte schriftliche und mündliche Kommunikation mit dem Auftraggeber in deutscher Sprache erfolgen kann.

Insgesamt müssen entweder durch die Referenzen des Bieters oder die Qualifikation des Projektleiters und/oder des Projektteams folgende Voraussetzungen/Eignungskriterien erfüllt sein, damit die Referenzen als vergleichbar angesehen werden und die technische und berufliche Leistungsfähigkeit insgesamt erfüllt ist:

1. Erfahrungen im Betrieb einer Offshore Plattform oder vergleichbaren Offshore Struktur (mind. zwei Referenzen);
2. Erfahrungen im Bereich der maritimen Logistik (mind. eine Referenz);
3. Kenntnisse in der Organisation eines Forschungsbetriebes (mind. eine Referenz);
4. Detaillierte Kenntnisse der Rechtslage hinsichtlich des Betriebes maritimer Bauwerke (mind. eine Referenz);
5. Erfahrungen im Umgang mit den Vorschriften und Anforderungen des BSH (mind. eine Referenz);
6. Erfahrungen im Umgang mit öffentlichen Auftraggebern (mind. eine Referenz).

Es können mehrere Kriterien mit derselben Referenz abgedeckt werden. Die Referenzen sind zu den Punkten 1. bis 6. jeweils (entweder im Rahmen der Darstellung der Referenzaufträge des Bieters oder im Rahmen der Qualifikation des Projektteams und des Projektleiters) auf je max. 2 DIN A4-Seiten aussagekräftig zu beschreiben. Die Referenzen sind den einzelnen Eignungskriterien zuzuordnen. Bei der Beschreibung der Referenzen sind folgende Angaben erforderlich (eine einfache Auflistung der Referenzen ist nicht ausreichend):

- Projektbezeichnung;
- Projektlaufzeit;
- Projektinhalt/erbrachte Leistungen innerhalb des Projektes;
- Ausführungen zur Geeignetheit der Referenz/Vergleichbarkeit mit dem hier ausgeschriebenen Auftragsgegenstand (ggf. Bezug zu den entsprechenden Abschnitten des Leistungsverzeichnisses);
- Angabe des Auftraggebers;
- Projektvolumen in Euro (Sollten aus Geheimhaltungs- bzw. Wettbewerbsgründen keine Angaben zum Projektvolumen gemacht werden können, ist dies entsprechend zu kennzeichnen).

2) QHSE-Qualifikation:

Mit dem Angebot sind durch den Bieter Nachweise für die Existenz eines Qualitäts-, Arbeits- und Gesundheitsschutz- sowie eines Umweltschutz-Systems zu erbringen. Entsprechende gültige Zertifikate sind:

- Qualitätssystem ISO 9001,
- Arbeits- und Gesundheitsschutzsystem OHSAS 18001 oder ISO 45001,
- Umweltmanagement ISO 14001.

Bei nachweisbarer Gleichwertigkeit können auch andere Zertifikate durch den Bieter vorgelegt werden. Sollte die Gültigkeitsdauer der eingereichten Zertifikate vor oder während der Vertragslaufzeit ablaufen, so ist von dem Bieter eine Eigenerklärung abzugeben, in der er

erklärt, dass er im Auftragsfall die oben genannten QHSE-Systeme und Zertifikate auf eigene Kosten bis zum Ablauf der Vertragslaufzeit verlängert. Alternativ kann der Bieter eine entsprechende Eigenerklärung abgeben, in der er erklärt, dass er im Auftragsfall die oben genannten QHSE-Systeme auf eigene Kosten implementiert und die entsprechenden Zertifikate innerhalb von sechs Monaten nach Auftragserteilung vorlegt sowie für die Dauer der Vertragslaufzeit aufrechterhält.

PtJ behält sich vor, fehlende Erklärungen und Nachweise gemäß § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern. Die Nichtvorlage der geforderten bzw. nachgeforderten Unterlagen führt gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV zum Ausschluss des Angebotes.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Der Vertrag wird auf Basis des den Vergabeunterlagen beigefügten Mustervertragsentwurfs geschlossen.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 23/09/2020 Local time: 11:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 31/03/2021

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 23/09/2020 Local time: 11:00

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about electronic workflows

Electronic invoicing will be accepted

VI.3. Additional information

Mit der Abgabe seines Angebotes unterliegt der Bieter auch den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 62 VgV.

Weitere Bedingungen insbesondere Vorgaben zur Einreichung von Angeboten, sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen. Die kompletten Vergabeunterlagen werden unter der Plattform „subreport“ unter <http://www.subreport.de> unter Angabe der ELVIS-ID-Nr. E98941412 (<http://www.subreport.de/E98941412>) kostenlos zur Verfügung gestellt. Zusätzliche Fragen zu den Vergabeunterlagen und zu dem Übersendungsschreiben stellen Sie bitte über die Auftragsplattform „subreport“ unter <http://www.subreport.de>, mit der ELVIS-ID-Nr. E98941412 ein (<http://www.subreport.de/E98941412>). PtJ wird allen bekannten Interessenten die Auskünfte schnellstmöglich, spätestens sechs Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist über die Auftragsplattform „subreport“ erteilen. Nach diesem Termin ist die Möglichkeit der Auskunftserteilung nicht mehr gegeben. Daher bitten wir darum, die Nachfragen spätestens bis zum 8.9.2020 zu stellen.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Postal address: Villemombler Straße 76

Town: Bonn

Postal code: 53123

Country: Germany

E-mail: info@bundeskartellamt.bund.de

Telephone: +49 22894990

Fax: +49 2289499163

Internet address: <http://www.bundeskartellamt.de>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Solange ein wirksamer Zuschlag (Vertragsschluss) noch nicht erteilt ist, kann als Rechtsbehelf ein Nachprüfungsantrag bei der unter VI. 4.1 genannten Stelle gestellt werden. Informationen hierzu können §§ 160, 161 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) entnommen werden.

Bieter müssen Vergaberechtsverstöße gegenüber der Kontaktstelle des Auftraggebers innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen bei der unter I.1) genannten Kontaktstelle gerügt haben, bevor sie einen Nachprüfungsantrag stellen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung bzw. erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber (o. g. Kontaktstelle) zu rügen.

Der Nachprüfungsantrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Dies gilt gemäß § 160 Abs. 3 Satz 2 GWB nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des öffentlichen Auftrag nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB.

Ein Nachprüfungsantrag auf Feststellung der Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB ist nach § 135 Abs. 2 GWB innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss, geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht,

endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Bieter deren Angebote nicht berücksichtigt werden, werden grundsätzlich vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB informiert.

VI.5. Date of dispatch of this notice

21/07/2020